

# Luzerner Tagblatt



Spätsommer über den Gipfeln

Der Spätsommer liegt mit einem wunderbaren Glanz über der Landschaft. Die Sonne strahlt über den Gipfeln, und über den Tälern liegt ein zarter Nebeldunst, der sich bald auflöst und sich in leicht geballten Wolken zu den Gipfeln hinauf verzieht, um gänzlich im Blau des Himmels zu verschwinden. Unsere Flugaufnahme vermittelt einen Blick vom Walsee her über die Glarner Alpen auf den Alpenwall. Comel

**Schweizer Mirage-Pläne an Israel verkauft**

**Deutsche Erklärungen gegen Mark-Aufwertung**

**Mondstaub für die Schweiz**

LM LM

## Militärputsch in Bolivien

Absetzung von Präsident Siles Salinas durch eine Militärjunta - General Ovando Candia neuer Präsident

La Paz, 26. Sept. ag. (R) Der Präsident von Bolivien, Luis Adolfo Siles Salinas ist von einer aus drei Persönlichkeiten bestehenden Militärjunta gestürzt worden.

Wie es in einem vom Kommando der Streitkräfte veröffentlichten Communiqué heißt, hat die unter der Leitung von General Alfredo Ovando Candia stehende Junta eine neue Revolutionsregierung gebildet. Es wird beigefügt, eine Anzahl oppositioneller Politiker sei verhaftet worden, jedoch herrsche im ganzen Land Ruhe.

Seit dem tödlichen Unfall des ehemaligen Präsidenten Barrientos Ortuño hatte General Ovando Candia immer als der kommende «starke Mann» gegolten.

Im Communiqué des Kommandos der Streitkräfte wird der Leiter der Junta, General Alfredo Ovando Candia, als neuer Präsident genannt. Das Communiqué enthält ferner die Namen der neuen Regierungsmitglieder. Offen bleibt in der Ministerliste der Posten des Außenministers. Der bisherige Außenminister, Gustavo Medeiros Guerejazo, hält sich in New York auf, wo er zur Uno-Generalversammlung gesprochen hatte.

Im Communiqué wird ferner ausgeführt, der Staatsstreich sei unternommen worden, um die Gefahr einer Anarchie abzuwenden. Der Bevölkerung wird eine Politik der strengen Sparsamkeit, des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu den kommunisti-

schen Ländern und ein energischer Kampf gegen den Analphabetismus in Aussicht gestellt.

Der Staatsstreich wurde durchgeführt, während Siles im Lande eine Inspektionstour durchführte. Siles Salinas und seine Sozialdemokratische Partei hatten keinen großen Einfluss auf die bolivianische Innenpolitik, obwohl er auch der bolivianischen Revolutionsfrontkoalition von Präsident Barrientos angehörte.

Als erste Person, die von den Juntaführern verhaftet worden ist, wird der Bürgermeister von La Paz, General Armando Escobar Uribe, genannt, der bisher als möglicher Präsidentschaftskandidat gegolten hatte.

## Neues Massaker bei Ahmedabad

Ahmedabad, 26. Sept. ag. (R) Mindestens elf Personen mußten ihr Leben lassen, als der wütende Mob in einem neuen Aufklärer der religiösen Auseinandersetzungen im westindischen Staat Gudscharat einen Passagierzug angriff. Der Zug wurde bei einer Station etwa 40 Kilometer von Ahmedabad entfernt angegriffen. Die bewaffneten Wachen auf dem Zug konnten gegen die Masse der Aufhänger nichts ausrichten, welche den Zug anhielten und angriffen. Dabei wurden auch drei Frauen getötet. Der Überfall ereignete sich, während die indische Ministerpräsidentin Indira Gandhi die Stadt Ahmedabad besuchte, um sich ein Bild von den dort angerichteten Verwüstungen zu machen.

## Der 28. September: ein geschichtliches Datum

Der Wahlkampf in der Bundesrepublik geht heute zu Ende, und am Sonntag findet die Neubestellung des Parlaments statt. 38,6 Millionen Frauen und Männer sind aufgerufen, den sechsten deutschen Bundestag zu wählen, um dessen 496 Sitze sich 2635 Kandidaten aus 13 Parteien bewerben. Acht der beteiligten Parteien haben allerdings keine Chancen, irgendwie «in die Kränze» zu kommen. Die Entscheidung spielt sich ausschließlich zwischen Christlichdemokraten und Christlichsozialen (CDU und CSU), den Sozialdemokraten (SPD), den Freien Demokraten (FDP) und der rechtsextremistischen «Nationaldemokratischen Partei Deutschlands» (NPD) ab.

Kaum, je ist eine Wahlkampagne so erbittert ausgefochten worden, wie das Ringen um den neuen Bonner Bundestag. Kaum je haben sich die großen Parteien heftiger bekämpft, und kaum je haben dabei Gewalttätigkeiten ein solches Ausmaß angenommen. Allein in Bayern hat es 50 Verletzte, darunter 30 Polizisten, gegeben. Dutzende von Wahlveranstaltungen im ganzen Lande sind brutal gestört worden. Die Tumulte arteten in wahre Saal- und Straßenschlachten aus, wobei vor allem die farnotwendige «Außerparlamentarische Opposition» (APO) bzw. deren Kerntruppe SDS ihr wütestes Wesen trieb. Wurfgeschosse aller Art, Steinschleuder, Feuerwerkskörper, Rauch- und Tränengas, Säurespritzern, Schlagstöcke, Pfeffer und Molotow-Cocktails dienten den Demonstranten als Waffen, die sich zumeist gegen Polizeizeileute richteten, die bemüht waren, die Ordnung aufrechtzuerhalten.

Eine Besonderheit im deutschen Wahlkampf von 1969 bestand darin, daß im Zentrum der Auseinandersetzungen nicht eine Regierungspartei und eine große Oppositionspartei einander gegenüberstanden, sondern zwei in einer Koalitionsregierung vereinte Parteien. Bundeskanzler und Vizekanzler, die als Führer der beiden Parteien seit zwei Jahren in Bonn eng zusammengearbeitet hatten, sind dabei in zunehmend heftiger Gegnerschaft geraten; aus Regierungspartnern wurden Rivalen, und die Feindseligkeit, die hier ausgebrochen ist, wird auch nach dem Wahltag nicht so rasch wieder verschwinden.

Das Schlimme ist, daß — nicht nur zwischen Kiesinger und Brandt, sondern auch zwischen den übrigen «großen

Tenören» der Parteien — ein Uebermaß an persönlichen Beschuldigungen und Verunglimpfungen fiel. Die Frage der politischen Vergangenheit der einzelnen Politiker zur Zeit Hitlers spielte eine mehr als unerfreuliche Rolle. In den Wahlreden kam das Positive gegenüber dem rein Negativen allgemein entschieden zu kurz. Für Klärung des geschichtlichen Augenblicks und seiner Alternativen wurde relativ wenig getan, um so größer war dagegen der rednerische Aufwand zur Weckung von Ressentiments, Angstgefühlen und Verdächtigungen. Dies mag ein Grund dafür sein, daß die Meinungsumfragen bis kurz vor dem Wahltag eine auffallend große Zahl von Unentschiedenen, aber auch von nachträglichen Meinungswechseln ergab. Für viele Wähler dürfte diese Wahl mehr und mehr zur Qual geworden sein.

Als nachteilig, nicht nur für die Bundesrepublik, muß man die Art und Weise bezeichnen, wie lebenswichtige außenpolitische Fragen behandelt wurden. Die Ostpolitik beispielsweise wurde geradezu zu einem Wahlschlager. Die kürzlich von Moskau an Bonn gerichtete Note zum Problem des «Gewaltverzichtes» in den sowjetisch-deutschen Beziehungen gab Kiesinger und Brandt Anlaß zu völlig gegenteiligen Interpretationen. Während der Kanzler erklärte, der Inhalt dieser Note komme der Forderung nach «bedingungsloser Kapitulation» gleich, bezeichnete der Außenminister tags darauf die Sowjet-Note als durchaus «unpolemisch und sachlich».

Dann die Kontroverse um die Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze: Was hier der einen Seite als längst fällige Respektierung von Realitäten erscheint, wird von der anderen Seite als «Ausverkauf deutscher Positionen» und «unverzichtbarer Anliegen» zurückgewiesen. Während Brandt und die SPD für sofortige Unterzeichnung des Atomsperrvertrages eintreten, ist die CDU/CSU-Führung nur unter ganz konkreten Bedingungen dazu bereit.

Ein Kapitel für sich bildet das Thema der Mark-Aufwertung. Der Gegensatz, der sich zwischen den Koalitionsparteien in dieser Frage aufgetan hat und von ihren Exponenten öffentlich vertreten wurde, hat eine neue Spekulationswelle ausgelöst, die dem gesamten internationalen Währungssystem Abbruch tut.

Niemand-vernöchte heute eine auch

nur einigermaßen zuverlässige Prognose für den Wahlausgang zu stellen. Als «sicher» ergibt sich aus allen Wählerbefragungen nur die Feststellung, daß überhaupt nichts sicher ist! Das «Kopfan-Kopf»-Rennen, das sich die CDU/CSU und die SPD liefern, kann der einen ebenso gut wie der anderen Partei den Sieg bringen. Während Wochen sagten die Demoskopien einen deutlichen Vorsprung der Sozialdemokraten voraus. Seit einigen Tagen soll sich dieser dann aber fühlbar verringert haben, vor allem als Folge der wilden Streiks, von denen vor allem die Metall- und Bergbauindustrie betroffen wurde.

Ebenso offen wie der Kampfausgang der beiden großen Parteien ist das Abschneiden ihrer beiden kleineren Konkurrenten. Daß die Freien Demokraten einen Rückschlag erleiden werden, erscheint als nicht ganz ausgeschlossen. Dennoch kann die FDP politisch eine bedeutsame Rolle spielen, als eventueller Juniorpartner der Sozialisten in einer Koalitionsregierung, für den Fall, daß es zwischen SPD und Christlichdemokraten zu einer Art «totem Rennen» kommt. Es ist ein offenes Geheimnis, daß eine solche Verbindung von Bundespräsident Heinemann lebhaft begrüßt würde. Er selber ist ja seinerzeit von der SPD mit FDP-Unterstützung zum Nachfolger von Lübke gewählt worden. Daher die Bezeichnung «Heinemann-Koalition».

Eine weitere, heute noch unbekanntere Größe bildet endlich die «Nationaldemokratische Partei Deutschlands», die sich erstmals an Bundestagswahlen beteiligt. Ob es den Neonazis gelingt, die Minimalmitte von fünf Prozent Wählerstimmen zu erreichen und damit im Bundesparlament Einzug zu halten, ist die mit besonderer Spannung erwartete Frage. Adolf von Thadden hat schon vor Monaten behauptet, die NPD werde 50 Mandate gewinnen. Ein wirklicher Wahlerfolg dieser Partei wäre zweifellos fatal: Nicht nur gäbe er den Sowjets die erwünschte Handhabe, mit neuem Nachdruck die Gefahr des deutschen «Revanchismus und Militarismus» zu beschwören; auch das Vertrauen zum deutschen Verbündeten innerhalb der Atlantischen Allianz würde einen Stoß erleiden.

Der 28. September 1969 ist somit ein wahrhaft geschichtliches Datum. Erwin Haefeli

## Abschluß im deutschen Wahlkampf

Der «Führer» der Neonazis (NPD), Adolf von Thadden, erklärte, er sei überzeugt, daß die NPD als drittstärkste Partei in den neuen Bundestag einziehen und die Freien Demokraten aus deren Position als drittstärkste Partei verdrängen werde

(AFP) Vor rund 100 Journalisten — die meisten davon Vertreter der Auslandsprese — gab sich von Thadden äußerst selbstsicher. Vor dem Versammlungsraum hatte die Polizei Absperrungen errichtet, um jeden Zwischenfall zu verhindern.

Adolf von Thadden, der seine Erklärungen mit höflichem Lächeln abgab, hob die Stimme nur, um auf den «Terror» hinzuweisen, dem seine Partei im Wahlkampf ausgesetzt gewesen sei. «Nie», rief er aus, «ist eine andere Partei in einem Wahlkampf einer solchen Feindseligkeit begegnet.» Die «willkürlichen» Verbote der NPD-Wahlversammlungen im Bundesland Hessen hit-

ten erwiesen, daß dieses Land nichts anderes als eine «Sowjetrepublik» sei, in der die Behörden den Terror wohlwollend duldeten. Die parteiischen Erklärungen von Bundespräsident Heinemann hätten gezeigt, daß man sich auf eine Koalition der SPD mit der FDP gefaßt machen müsse.

Adolf von Thadden ließ durchblicken, daß nach seiner Meinung die Gültigkeit der Wahlen vom 28. September in Frage gestellt werden müßte, weil auf die NPD ein Zwang ausgeübt worden sei.

Auf die Frage, warum Nürnberg, die frühere Hochburg der Nazipartei, für

die letzte Wahlversammlung der NPD vor der Abstimmung gewählt worden sei, erklärte der «Führer», daß der letzte Parteitag der Nationalsozialisten vor 32 Jahren in Nürnberg stattgefunden habe. Seither sei die Atmosphäre in dieser Stadt entgiftet worden. Sowohl die Sozialdemokraten als auch die Christlichdemokraten hätten dort Versammlungen abgehalten. Die nazistischen Giftschwaden seien auf diese Art aus der «braunen Hauptstadt» vertrieben worden. Es gebe keinen Grund, warum er nachher nicht mit Brandt und Kiesinger sprechen könnte, und zwar um so mehr, als seine Partei in Franken die bei den Bundestagswahlen erzielten zwölf Pro-

